

AfD will ARD und ZDF an die Finanzen

Berlin. Die AfD zieht mit der Forderung nach Abschaffung des gebührenfinanzierten Rundfunks in den Wahlkampf. Als Begründung für den Vorstoß wirft die Partei *ARD* und *ZDF* Parteilichkeit vor. Kern einer Reform des Systems sei laut Parteivorsitzender Frauke Petry die Umstellung der obligatorischen Rundfunkgebühr von monatlich 17,50 Euro hin zu einem freiwilligen Beitrag. Um eine in den Augen der Parteifunktionäre unangemessene Berichterstattung zu verhindern, wurden bei mehreren Parteitagen Medienvertreter ausgeschlossen. Restriktionen gibt es auch beim AfD-Bundesparteitag in Köln am kommenden Wochenende. Von mehr als 1.000 angemeldeten Journalisten werden nur 300 zu ihrer Arbeit im Tagungsgebäude zugelassen – nach Angaben der Pressestelle aus Sicherheitsgründen. (Reuters/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/309165.afd-will-ard-und-zdf-an-die-finanzen.html>